

## Beschluss

### Die Ukraine nach der Präsidentschaftswahl

- 1) Wir begrüßen es als wichtigen Schritt für die Befriedung und Demokratisierung der Ukraine, dass die Präsidentschaftswahlen am 25. Mai 2014 stattfinden konnten. Es sind positive Signale der Deeskalation, dass der neugewählte Präsident Petro Poroschenko angekündigt hat, so schnell wie möglich in die Ostukraine zu reisen und sich außerdem für einen Dialog mit Russland einsetzt, und dass auch der russische Außenminister Lawrow angekündigt hat, Russland werde die Wahl respektieren. Wir hoffen, dass dieser Ankündigung Taten folgen. In weiten Teilen des Landes konnten die Wahlen ohne Probleme stattfinden. Sie waren dort von einer hohen Wahlbeteiligung geprägt. Im Osten der Ukraine kam es indes zu Behinderungen und gewaltsamen Blockaden der Wahlen. Dies verurteilen wir. Insgesamt wurden die Wahlen von den OSZE-Beobachtern als fair und frei beurteilt. Wir hoffen auf zügig folgende Parlamentswahlen, die einen demokratischen Verfassungsprozess einleiten sollen. Die nächste ukrainische Regierung hat die Aufgabe, Rechtsstaats- und Sicherheitsstrukturen aufzubauen und Korruption zu bekämpfen.
- 2) Die Ukrainerinnen und Ukrainer wollen den Demokratisierungsprozess voranbringen. Dies zeigen auch die marginalen Ergebnisse der Kandidaten der rechtsnationalen Swoboda-Partei mit 1,3 Prozent und des rechtsextremen „Rechten Sektor“ mit gerade mal 0,9 Prozent. Darüber sind wir erleichtert. Damit zeigt sich, dass die Faschisten in der Ukraine keinen Rückhalt in der Bevölkerung haben. Und die Behauptung, der EuroMaidan und die Übergangsregierung seien von Faschisten dominiert, ist damit noch weniger haltbar als bislang schon. Die Beteiligung von rechtsnationalen Kräften an der Übergangsregierung und das Agieren des Rechten Sektors während der Proteste hatten auch wir kritisiert. Das Wahlergebnis muss sich auch in einer künftigen Regierung widerspiegeln, in der kein Platz für rechtsextreme und rechtsnationale Kräfte sein kann. Wir bestärken unsere Forderung, dass die blutigen Auseinandersetzungen auf dem Maidan, in Odessa und der Ostukraine umgehend und vollständig aufgeklärt, die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen und die Bemühungen, alle bewaffneten Gruppen (inklusive des Rechten Sektors) zu entwaffnen, fortgesetzt werden müssen.
- 3) Wir begrüßen den nationalen Dialog zur Vertrauensbildung und Aussöhnung, der durch die Runden Tische der OSZE eingeleitet wurde. Dieser Prozess muss jetzt umso mehr fortgesetzt werden. Wichtig ist dabei die Einbeziehung aller Kräfte in der Ostukraine. Wir fordern die bewaffneten Kräfte in der Ostukraine auf, ihre Waffen niederzulegen und die besetzten Verwaltungsgebäude zu räumen.
- 4) Wir bekräftigen erneut, dass die territoriale Integrität der Ukraine gewahrt bleiben muss. Das illegale Referendum in den Regionen der Ostukraine vom 11. Mai 2014

- erkennen wir nicht an. Auch die Besetzung und Annektierung der Krim durch Russland infolge des unrechtmäßigen Referendums vom 16. März 2014 sind völkerrechtswidrig und erkennen wir nicht an.
- 5) Mit großer Sorge verfolgen wir weiterhin die aktuellen, gewaltsamen Entwicklungen in der Ostukraine. Die Gefahr einer weiteren gewaltsamen Eskalation und einer militärischen Auseinandersetzung ist nicht gebannt. Oberste Priorität muss sein, dass alle beteiligten Seiten aktiv zur Deeskalation beitragen. Russland muss daher umgehend seine Grenze zur Ukraine umfassend kontrollieren und notfalls temporär schließen, um den massiven Transport von Kriegsgerät in die Ostukraine und das Einsickern von gewaltbereiten Kämpfern zu unterbinden. Es kann nur eine friedliche Lösung in diesem Konflikt geben.
  - 6) Es bleibt dabei: Die Vereinbarungen von Genf müssen von allen Beteiligten konsequent umgesetzt werden. Dazu muss Russland endlich seiner Verantwortung gerecht werden, sich von den Gewalt ausübenden Kräften in der Ostukraine zu distanzieren, seinen Einfluss auf diese Kräfte zu nutzen und zur Befriedung der Ukraine beizutragen. Dazu gehören ihre Entwaffnung und die Räumung von Verwaltungsgebäuden. Die gezielte Desinformationspolitik durch russische Medien unterminiert allerdings das Ziel einer Stabilisierung der Ukraine. Wir befürworten eine zweite internationale Verhandlungsrunde (Genf II). Sie soll gemachte Fortschritte prüfen und weitere Schritte zur Lösung des Konflikts einleiten.
  - 7) Wir sind besorgt über die Berichte der Vereinten Nationen und der OSZE über Verschleppungen, Folter und Übergriffe auf Andersdenkende, über die Verschleppung und Ermordung von JournalistInnen sowie die zunehmenden Flüchtlingsbewegungen auf der Krim und innerhalb der Ukraine. Der von UN und OSZE angeprangerte Zustand von Willkür und Gesetzlosigkeit in den von bewaffneten Kräften kontrollierten Gebieten der Ostukraine ist nicht hinnehmbar. Der Schutz der Zivilbevölkerung und die Rechte von Minderheiten müssen im ganzen Land gewährleistet sein. Es darf nicht zu neuen Vertreibungen kommen.
  - 8) Die OSZE-Mission muss deshalb deutlich gestärkt werden und ihr muss von allen Seiten ein freier, sicherer Zugang im gesamten Gebiet der Ukraine, auch auf der Krim garantiert werden. Sie muss in der Lage sein, ihre Beobachter-Aufgaben ungehindert durchführen zu können.
  - 9) Die Europäische Union muss weiterhin auf Diplomatie und Verhandlungen setzen. Dabei unterstützen wir weiter den kriteriengeleiteten Sanktionsplan der EU. Die internationale Gemeinschaft muss in diesem Sinn geschlossen vorgehen. Die Europäische Union und die Bundesregierung müssen die nächste ukrainische Regierung, auch im Rahmen des EU-Assoziierungsabkommens, dabei unterstützen, die Ukraine wirtschaftlich zu stabilisieren, den Rechtsstaat und die Zivilgesellschaft zu stärken und Korruption zu bekämpfen.
  - 10) Wir begrüßen das Aufhalten bestehender Rüstungsexportverträge mit Russland seitens der Bundesregierung als ersten Schritt. Wir fordern jedoch den konsequenten Stopp aller Rüstungsexporte der Bundesrepublik nach Russland. Zudem soll sich die Bundesregierung für ein europäisches Waffenembargo starkmachen.
  - 11) Zugleich fordern wir die Bundesregierung auf, ihre Möglichkeiten im Rahmen des Außenwirtschaftsgesetzes zu nutzen, um Geschäftsvorhaben wie den Kauf der RWE-Tochter DEA oder die Übernahme des Erdgasspeichers in Rehden durch Gazprom zu stoppen. Grundsätzlich begrüßen wir die internationalen Verflechtungen der Volkswirtschaften. Jedoch darf dies nicht dazu führen, dass einzelne Staatsbetriebe sich in sensiblen Bereichen wie in der Energieversorgung

- strategischen Einfluss auf dem deutschen und europäischen Markt sichern.
- 12) Eine Europäische Energieunion ist ein zentrales Projekt zu mehr Energiesicherheit und -solidarität auf dem europäischen Kontinent. Sie ist aktive Friedenspolitik. Eine Energieunion muss allerdings auf Erneuerbare Energien, Effizienz und Energieeinsparung setzen statt auf Kohle und Atom und den Klimaschutz zum Ziel haben, wozu auch eine Verknüpfung der europäischen Energienetze gehört. Dabei müssen auch die Potentiale der Erneuerbaren Energien im östlichen Europa einbezogen werden.
  - 13) Wir fordern die internationale Gemeinschaft, namentlich die UNO und die IAEA, auf, schnellstmöglich gemeinsame Schritte zur Sicherung der ukrainischen Atomanlagen vor Anschlägen und Störfällen sowie des radioaktiven Materials vor unbefugtem Zugriff zu unternehmen. Ziel sollte die Sicherung der Atomruine von Tschernobyl sowie der 15 noch laufenden AKW-Blöcke und die baldmöglichste Abschaltung der Meiler sein.
  - 14) Wir bestehen im Zuge des Selbstbestimmungsrechts der Ukrainerinnen und Ukrainer auch auf ihrem Recht, eine EU-Beitrittsperspektive anzustreben. Dabei darf es kein Entweder-Oder geben zwischen einer Annäherung der Ukraine an die EU und einem partnerschaftlichen Verhältnis zu Russland. Auch wenn ein EU-Beitritt derzeit nicht möglich ist, verschließen wir keine Türen in die Europäische Union, wenn sich die Ukrainerinnen und Ukrainer für eine Mitgliedschaft entscheiden und das Land die Beitrittskriterien erfüllt.
  - 15) Die NATO fordern wir dazu auf, ihrerseits keine Schritte zu unternehmen, welche die Gefahr einer militärischen Eskalation verstärken. Einen Militäreinsatz der NATO in der Ukraine lehnen wir ab. Ungeachtet davon bleibt die Bündnissolidarität mit den osteuropäischen Mitgliedstaaten. Ein NATO-Beitritt der Ukraine ist für uns keine Lösung.
  - 16) Der Austausch von Ukrainerinnen und Ukrainern mit Europa muss gefördert werden. Wir fordern die umgehende Visumsfreiheit für die Ukraine und eine Verstärkung von Programmen, wie Studierendenaustausch und Städtepartnerschaften. Wir bleiben auch den Friedens- und Bürgerrechtsbewegungen in Russland verbunden und wollen den Dialog mit der russischen Zivilgesellschaft stärken.